



**Jakob Mierscheid**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227-0

20. März 2002

## **19 Jahre Mierscheid-Gesetz – ein ungerades Jubiläum und die Aussichten der SPD bei der Bundestagswahl**

Ich habe vor knapp 20 Jahren das Mierscheid-Gesetz definiert, das damals die Wahlchancen der SPD bzw. ihre Stimmergebnisse bei Bundestagswahlen genau bestimmt und auch eine heftige Diskussion ausgelöst hat – widerlegt hat es bisher niemand, ein besseres gefunden auch nicht. (Erstveröffentlichung Vorwärts, Nr. 29/83; 14. Juli 1983)

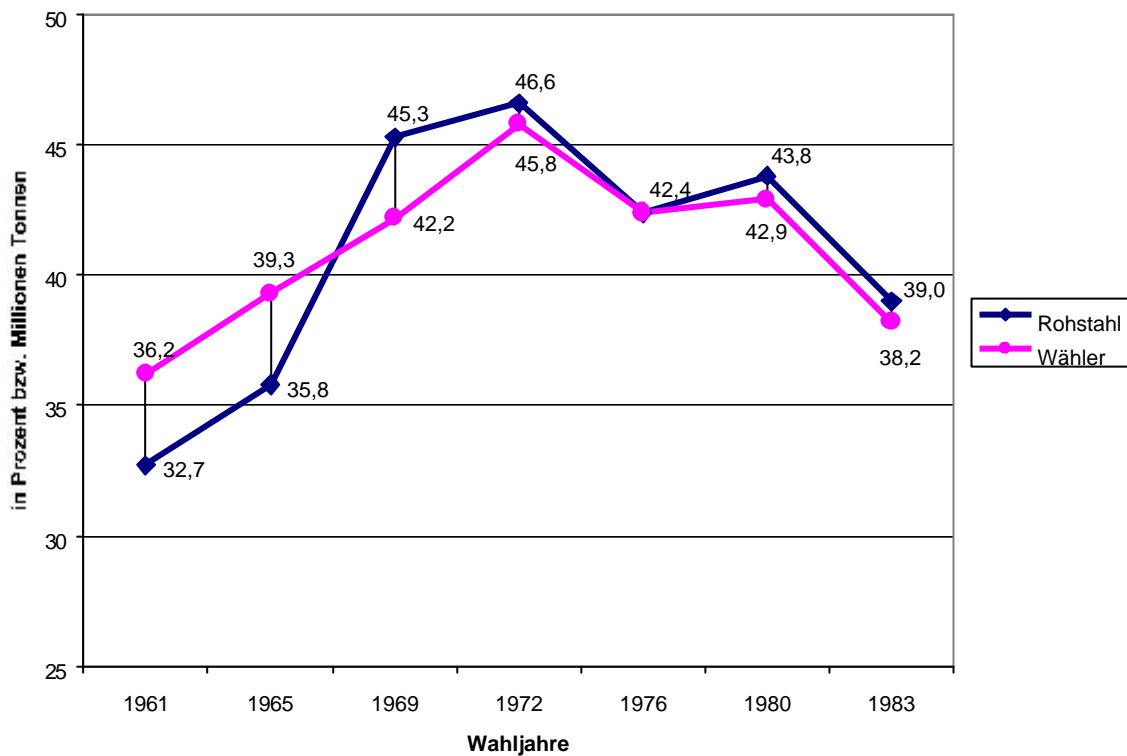
Die Prämissen sind:

1. Aufwand und Materialeinsatz der Wahldemoskopie steigen ungefähr proportional zur Fehlerquote der hervorgebrachten Ergebnisse.
2. Eine Prognose, die auf dem Erkennen von Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhängen aufbaut, ist umso präziser, je weniger sie mit Computerprogrammen und umso mehr sie mit Nachdenken verbunden ist.
3. Computer und Grafiken sind dennoch für Prognosen unerlässlich.  
Denn: Niemand würde glauben, dass Ergebnisse durch bloßes Nachdenken erzielbar sind, erst recht nicht, wenn das Ergebnis nicht mindestens zwei Stellen hinter dem Komma ausweist.

Die Formulierung des Mierscheid-Gesetzes selber lautet:

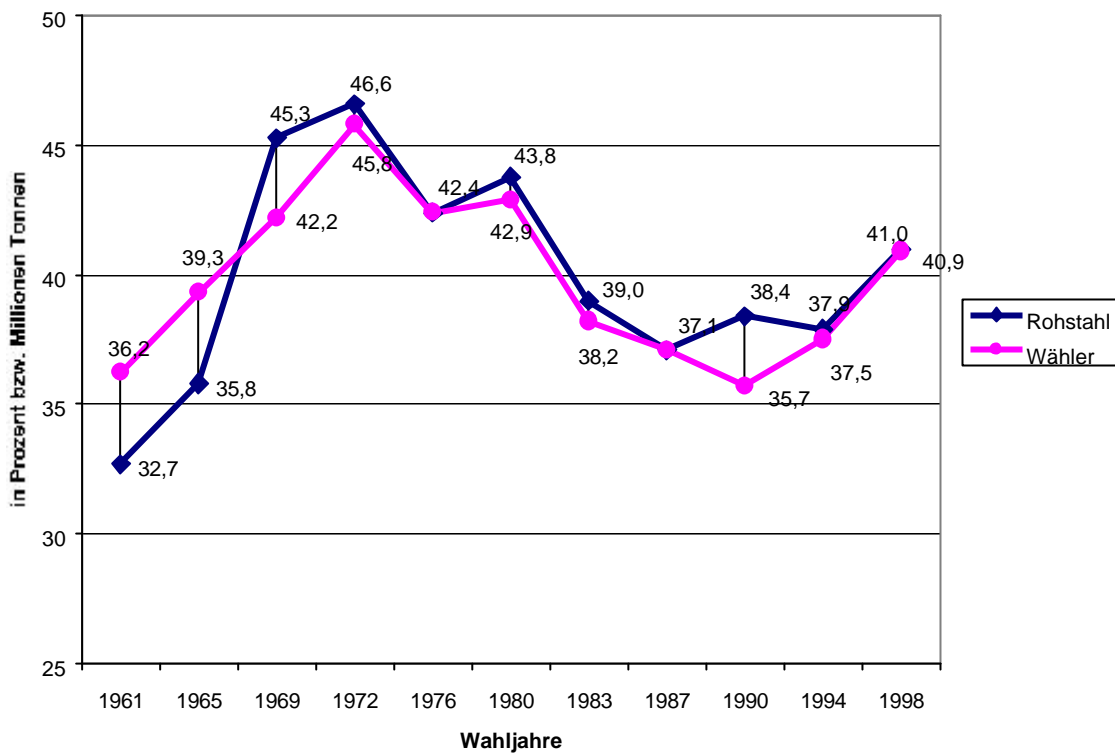
„Der Stimmenanteil der SPD richtet sich nach dem Index der deutschen Rohstahlproduktion – gemessen in Mio. Tonnen – im jeweiligen Jahr der Bundestagswahl.“

Das sah damals so aus:



Ein wichtiges Gesetz behält seine Gültigkeit, Ausnahmen und Ausreißer halt ausgenommen. Aber es hat nur einen gegeben.

Die Probe: Wenn man der Darstellung von 1983 die nachfolgenden Bundestagswahlen, es hat regelmäßig welche gegeben, hinzufügt, ergibt sich folgendes Bild:



Da die SPD in der Vergangenheit den Kanzlerkandidaten regelmäßig gewechselt hat, sieht man deutlich wer da ausgerissen ist, das allerdings konsequent, denn er hat es später noch einmal getan.

Das Hinzukommen der neuen Länder hat an der Richtigkeit und Präzision des Gesetzes im übrigen nichts geändert, die Bezugsgröße des Gesetzes ist und bleibt allerdings die Rohstahlproduktion der alten Länder und da es sich nicht um eine prozentuale, sondern um eine absolute Größe handelt, ist dies methodisch zulässig und wegen der Vergleichbarkeit der Zahlen auch notwendig.

Dies für die Systematiker unter den empirischen Sozialforschern.

Nun gibt es einen ernsthaften Einwand gegen den Indikator Stahlproduktion: Der Stahlproduktion, auch noch gemessen in Mio. Tonnen hafte etwas altes, industrielles an, etwas untergehendes und nicht mehr zeitgemäßes, sogar von Tonnen-Ideologie ist in diesem Zusammenhang die Rede und die ist nun wirklich überholt.

Dem ist leicht zu entgegnen:

- Das Gesetz stimmt - was richtig ist, ist zeitlos.
- New Economy, Polyäthylenherstellung, Handyproduktion und Hedge Fonds-Erträge können nicht helfen bei Analyse und Prognose, da es sie eben noch nicht lange genug gibt, um mit Erfolgen der Sozialdemokratie bei Wahlen verglichen werden zu können.
- Alle Digitalisierungsphilosophen und Theoretiker der Wissenschaftsgesellschaft sollten nicht vergessen: Eine steigende Produktivität des ersten und vor allem des zweiten Sektors, mithin also auch der Stahlproduktion, ist die Voraussetzung dafür, dass sich die neuen Bereiche überhaupt entwickeln können.  
Der dritte Sektor sollte bedenken, auf wessen Schultern er steht.

Das ist alles theoretisch, die meisten interessiert etwas anderes.

## **Aussichten**

Die wirklich spannende Frage ist natürlich die nach den Aussichten für das Wahljahr 2002. Zunächst einmal muss ich aber enttäuschen:

Das Gesetz bezieht sich ausdrücklich und aus gutem Grund nur auf die Wahljahre selbst und nicht die dazwischen und die Höhe der Stahlproduktion steht erst Ende des Jahres fest, die Wahl ist aber schon am 22. September. Dies spricht gegen die Prognosefähigkeit des Gesetzes.

Aber, als Hilfestellung und als Motivation für alle, die es interessiert:

Die Rohstahlproduktion der alten Länder lag im Jahr 2001 bei ca. 39 Mio. Tonnen.

Die Demoskopen scheinen sich daran auch zu orientieren.

Die Erwartungen für den Stahl gehen von einem etwa gleichen Niveau aus, aber der allgemeine Aufschwung wird bekanntlich von allen Experten für das zweite Halbjahr erwartet und wird seine Auswirkungen haben. Die Produktion dürfte wieder steigen. Damit kann man leben, die Aussichten sind nicht schlecht.